

# Handzeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag ausgenommen. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1.40 Reichsmark, durch Postgebühren ohne Belegbrief 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.00 Reichsmark, 40 Pfennige Postgebühren. Einmalige Bestellungen sind jederzeit willkommen. Die Anzeigen werden nach Anschlag-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Alle Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besondere Ermäßigung. Verlagsbüro: Hans Bismarckstr. 12, Leipzig. Druck-Verlag: Carl-Neubauer-Verlag, Leipzig. Druck-Verlag: Carl-Neubauer-Verlag, Leipzig. Druck-Verlag: Carl-Neubauer-Verlag, Leipzig.



Ein tatkräftiger Freund Deutschlands gestorben. Oberst Egli.

Der weissehämige Schweizer Militärattaché, ist in Zürich an einem Schlaganfall im Alter von 60 Jahren gestorben. Während des Weltkrieges war er Unterfeldwebel der Schweizerischen Armee. Oberst Egli hat während des Krieges entlassene Deutsche Partei genommen und mußte nach Kriegsende wegen dieser Stellungnahme seinen Posten aufgeben. Ein aufrichtiger Freund Deutschlands ist mit ihm dahingegangen.

### Neues in Kürze.

#### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Im Steueranlaß des Reichstags wurde gefordert, besonders die Frage der öffentlichen Auslegung der Steuerlisten und die der Sicherstellung durch die Steuerbehörden besprochen. Die Beratung wird heute fortgesetzt.

In der ersten Hälfte des Juni haben 19 deutsche Zonen die Stilllegung ihrer Betriebe wegen ungenügender Rentabilität nachgelassen. In Dortmund finden seit Freitag neue Verhandlungen über eine Reihe von Zonenstilllegungen und Betriebsänderungen statt.

Beratsammlungen von Postbeamten und Hilfsbeamten in Berlin beschlossen, anlässlich der zunehmenden Teuerung mit Gehalts- und Lohnforderungen an die Reichspostverwaltung heranzutreten.

Die Beschlüsse der asiatischen Eisenbahnerkonventionen im Direktionsbezirk Berlin lauten auf 25 Proz. Erhöhung der jetzt gültigen Sätze.

Der Allgemeine Freie Angestelltenbund (Afa) hat für die Tagung vom 15. bis 17. Juni seinen zweiten Kongress nach München einberufen. Zur ersten Hauptversammlung waren zahlreiche Vertreter wirtschaftlicher Reichs- und Landesverbände erschienen. Außerdem sind anwesend Mitglieder und Delegierte der internationalen Asia aus Ausland, Vertreter aus Ungarn und von Danzig, sowie von den Grenz- und abgetrennten Gebieten, aus der Schweiz und von Amerika.

Auf Anordnung des Prager Bürgermeisters dürfen von nun an im Prager Residenztheater, einem Lokale, das zum großen Teil aus internationalem Publikum besteht, keine deutschen Zeitungen mehr ausliegen. Das Verhalten des Bürgermeisters wird in der deutschen Presse verurteilt.

Nach einer Mittheilung arbeitet die tschechische Regierung an einem Gesetze, das die vollständige Trennung von Staat und Kirche in der Tschechoslowakei herbeiführen soll.

Walländer Wälder werden aus Südtirol, daß die italienische Regierung angesetzt habe, daß die Gemeindevorstände-Sitzungsprotokolle auch in den rein deutschen Gemeinden ab 1. Juli nur noch in italienischer Sprache geführt werden dürfen.

Die deutsche Delegation für die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen ist heute nach Rom zurückgekehrt. Als die „Agenzia Stefani“ erklärt, lassen alle Aussichten einen baldigen Abschluß der Verhandlungen erhoffen.

In Newport wurde gestern ein Verkehrsamt der deutschen Reichsbahn durch den Chef der Reichszentrale für deutsche Verkehrsverwaltung im Gegenwart von Vertretern der Dampfmaschinen- und der englischen und französischen, der Landinnsicht sowie der amerikanischen Eisenbahnen eröffnet.

Dem Londoner „Daily Chronicle“ zufolge erklärte Lord George gestern in Oxford, es werde nicht der Frieden in Mitteleuropa, bis sämtliche dem nördlichen Staate einverleibten Gebiete der Polenschonung unterworfen wären.

## Bedenkliche Ausdehnung des Freiheitskampfes in Nordafrika.

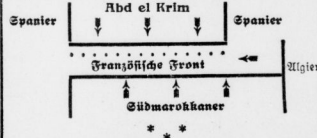
Der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet aus Tanger: Die Lage um Fez hat sich bedrohlich verschärft. Auch vom Süden her wird das Vorgehen von Fez von den Aufständigen beschloffen. Tanger ist von den aus ganz Marokko strömenden Ouzas überfüllt. Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Oran: Die Stämme in französisch-Algerien haben sich empört. Die französischen Posten im Süden Algeriens sind von den Aufständigen getötet worden, ihre Besatzungen sind niedergemacht.

Bei Bemerkung der einseitigen stets pessimistisch lautenden italienischen Marokkoreisenden wird man nur tun, zu bedenken, daß Italien an der ungenügenden Führung der Berber ein Interesse hat, um die nötige Stimmung im eigenen Lande zu machen, falls etwa bei weiteren Erfolgen der Nordafrikaner der Kampf sich auch auf das an französisch-Nordafrika angrenzende Tripolis ausdehnen sollte. Trotzdem scheinen die Berichte im wesentlichen zutreffend, denn selbst das „Corriere“ gibt zu:

In Algerien haben lokale Unruhen stattgefunden, mehrere französische Wohnhäuser in der Gegend von Sebba und Saïda sind im Besitz der Aufständigen. Diese Meldung ist offensichtlich unklar gehalten, sie erweckt den Eindruck, als ob die genannten Gegenden in Algerien lägen, während die etwas verhältnismäßig kleinen Namen an den Südrändern, also im Rücken der französischen Marokkofront.

liegende Plätze hinstreifen. Damit würde also vom „Journal“ nicht nur ein Vorkriegsstand des Aufstandes nach Alger, sondern auch der vom „Corriere della Sera“ gemeldete Angriff aus Südmarokko und sogar ein Erfolg dieses Angriffes bestätigt.

Insgesamt scheint es, daß die Lage der Franzosen sehr wohl geradezu kritisch werden könnte. Denn sie müßten in dem weiten und wasserreichen wüstenhaften Land in langer schmaler Linie nach zwei Fronten kämpfen mit durch den algerischen Aufstand gefährdeter Zufuhr, die nur aus Alger kommen kann. Der Berührungspunkt diene die nachfolgende zur Veranschaulichung der Einzelheiten ganz schematisch gezeichnete Frontlinie.



Die innerpolitische Krise in Frankreich verschärft sich. Ein Bruch der Sozialisten mit Cailleur und damit möglicherweise ein Sturz Cailleur's und des ganzen Kabinetts Painlevé ist unmittelbar bevor. — Bei den getriggerten Generalwahlen des Senepartements (Umgebung von Paris) erlitt der „Bloc national“ eine schwere Niederlage, er erhielt nur 5 Sitze gegen 17 der Linken.

### Japan droht mit Besetzungen in China.

Der Pariser „Genève“ meldet aus Tokio: Aus China sind hier Nachrichten eingelaufen, wonach die fremden Konsulate aus Wüsten gestrichelt sind. Sämtliche Bahnangehörige in Nordchina haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Die Bewegung in Nordchina gleitet in das kommunistische Fahrwasser. „Coening Times“ melden: In Kanton ist mehrere Japaner von den Chinesen erschossen worden.

Die japanische Regierung hat infolgedessen den Mächten angezeigt, daß sie, sofern nicht umgehende Schritte erfolgt, einseitiges Staatsgebiet besetzen wird. Die Regierung hat beschlossen, sechs Inhaberschaften unversichert einzuweisen, die in der Zukunft auf ausländischen japanischen Offizieren haben die Weisung zu sofortiger Rückkehr erhalten.

Die japanische Zerstörerflotte hat Befehl erhalten, sich für eine Fahrt auf dem Lande Kiang von Salobo aus bereitzustellen.

In Beantwortung einer Anfrage McDonalds verriet der englische Premierminister Baldwin im englischen Unterhaus, daß die Regierung in Uebereinstimmung mit den Mächten alle mögliche unternehme, um zu verhindern, daß die Unruhen in China zu weltlichen internationalen Konflikten im fernsten Osten ausarten.

### Zollkrieg mit Polen.

In der vorangegangenen Nacht ist der Vertrag abgefallen, nach dem Deutschland für bestimmte Kontingente den Polen Zollverermäßigungen gewähren müßte. Da auch in letzter Stunde feierliche Abmachungen zwischen Deutschland und Polen getroffen worden sind, ist heute der autonome Zollkrieg in Kraft getreten. Das Kontingent oberflächlicher Rohle, das für die erste Hälfte nach Deutschland einströmen werden müßte, ist noch nicht erköpft und wird auf den ganzen Monat verteilt werden. Es können also über den heutigen Termin hinaus noch polnisch-oberflächliche Rohle, polnische Rohle einströmen, bis das Kontingent von 250 000 Tonne erreicht ist. Im übrigen herrscht in den Handelsbeziehungen zwischen Polen und Deutschland ein völlig verunsicherter Zustand.

Die seit Monaten vergeblich geführten Verhandlungen liegen insbesondere auf zwei Schwerpunkten: Polen verlangt zur Erhebung des Abzuges der aus entzerrten oberflächlichen Rohlen, daß wir weiterhin monatlich 500 000 Tonne Steinkohle zollfrei einführen sollten, wie es nach den jetzt abelaufenen Verläufe Bestimmungen bisher wurden. Da Deutschland aussetzt, erzieht der allerhöchsten Maßstab für seine eigene Kohle, selbst, können unter Umständen die Forderungen ab. Der zweite Streitpunkt war, daß wir zur Pflanz anderer Abzugs in Polen freies Niederlassungsrecht in Polen fordern, ein an sich bei Staaten mit normalen gegenseitigen Beziehungen durchaus selbstverständlich. Der langen, dem aber selbst in seinen nationalsten Deutschland nicht haltbar war.

### Siegt bei Korfanti die Vernunft?

Das „Polener Tageblatt“ meldet: Der eritterte Deutsche Korfanti hat sich unter dem Druck der traurigen Wirtschaftslage Polens für eine friedliche Verständigung mit Deutschland erklärt. Korfanti führte auf dem demotrischen Parteikongress Polens aus, Polen habe sich nicht entschließen zu können, die demotrischen Parteien müsse aufhören, ebenso der fortgesetzte nationale Kampf. Man müsse sich mit Deutschland endgültig und zeitlos einigen.

### Kronprinz und Landbund.

Am 31. Januar d. J. hielt der schlesische Landbund in Breslau einen Landtag, auf dem auch der ehemalige deutsche Kronprinz wohnte. Eine kleine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion des Preuss. Landtags wies darauf hin, daß in der letzten Sitzung des Landtags ein neues aus dem Reichs- und Staatschützen gesezen waren, sich einer der Neben in schärfer Weise gegen das „heutige System“, die „Berkommenheit und Tiefe“, die die Revolution geschaffen habe, und gegen „Marxisten und Demokraten“ äußerte.

Das Staatsministerium wurde gefragt, wie sich die Teilnahme von Vertretern der Staatschützen bei den Verhandlungen der Reichsanleitung zu unternehmen gedenke, der das Verprechen gegeben habe, sich von politischen Veranstaltungen in Deutschland fernzuhalten.

Der Preuss. Innenminister hat darauf erwidert, daß der ehemalige Kronprinz bei der Veranlassung als Privatmann und Mitglied des schlesischen Landtags teilgenommen habe, und daß er vor jeder Rückkehr nach Deutschland noch ein besonderes Verprechen gegeben habe, sich von politischen Leben fernzuhalten, nach ihm ein solches Verprechen von der damaligen Reichsregierung abgenommen worden sei. Die Beamten, die in der erwähnten Veranlassung anwesend waren, hätten allerdings dem Kronprinzen die Veranlassung nicht veranlassen dürfen. Das Erforderliche ist den betreffenden Beamten eröffnet worden.

Reichsanwalt Dr. Luther hat der 55. Kollverammlung des deutschen Landbundes in Friedrichshagen am Bodensee telegraphisch seine besten Wünsche für den Verlauf ausgesprochen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion kam ihrer Montagabendung in Besprechung der letzten Lage zu dem Ergebnis, daß ihr die in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen zwischen den Parteien keinen Anlaß geben, zur Bildung der Regierungsbildung in Preußen erneut Stellung zu nehmen.

## Städtische Außenpolitik.

Der durch die letzte Herbstperiode geschaffene Stimmungsuntergrund wird es verheißungsvoll, auch im nächsten Jahr einmal Dinge zu erörtern, die sonst gewöhnlich den Besorgnissen der hiesigen Politik zurücktreten müssen. Die Schriftleitung.

„Städtische Außenpolitik“ Manchen Leser wird schon das bloße Wort erschauern. So sehr sind wir seit zwei und mehr Jahrzehnten mühevolltätiger pflichtiger Verwaltung, die in der ganzen Welt nicht ihresgleichen fand, daran gewöhnt, daß der Staat die Sorge für das Überdauern und Wachstum der Städte übernahm. Die Wahrung und Wahrung der Bedeutung gegenüber anderen Städten.

Diese staatliche Fürsorge, die zudem den speziellen staatlichen Interessen untergeordnet war, bestand nicht immer. Denken wir uns in die ferne Frühzeit der deutschen Städte zurück: wer hat denn überhaupt die Städte zu Städten werden lassen, und wer hat für sie all die Rechte, die die Stadt von den Fürsten und Vätern voraus hatte — wie Marktrecht, Münzrecht, Steuerrecht, u. m. u. — denn eigentlich erworben? Die Städte selber waren es, der rühriger, irdischer Geist der Besonnenen des Erbes, der dadurch allmählich den Staat emporgelassen, wozu mächtiger und energischer Selbsthilfe und selbstwüthigen Zutreffens und Aufwands haben die Städte sich selbst und ihre Stadt mit ihren Rechten und ihrem Recht gehalten, und viele nicht bedeutende Städte sind in dem Weltkampf wieder zur Bedeutungslosigkeit zurückgefallen.

Die rührigeren, energischeren Städte brachten es in langen und oft recht blutigen Kämpfen, die das ganze Mittelalter ausfüllten, sogar bis zum Erwerb eigener staatlicher Rechte, wußten ihre Stadt zu vertheidigen, von fremden Landesherren abhängigen Städte emporzubringen, wozu heute freilich nur noch der der Hansestädte, Hamburg, Bremen, Lübeck, zuegen.

Aber mit berechtigtem Stolz auf ihre eigene kühne und selbstwüthige politische „Ausgeglichung“ können wir nicht sagen, daß diese Städte, die in der ersten Hälfte des Mittelalters die wichtigsten Städte Süddeutschlands, wurden, wenn sie alle auch nie die weithin leuchtende, mitunter geradezu vorherrschende Stellung erreichten, wie etwa die mächtigen italienischen Stadtrepubliken. Die Entwicklung zur staatlichen Unabhängigkeit war ein wenig in die Ferne gerückt. Der andere war der der bewußten Zusammenarbeit mit den Landesherren. Hier seien vor allem Berlin, Paris und ganz besonders London genannt, die ihre übertragene Bedeutung als Zentrum der mächtigen Staaten keineswegs nur ihren Königen, sondern ebenso der städtischen Selbstheit, dem stolzen vorwärtsstrebenden Eifer ihrer Bürger verdanken.

Erst in der Zeit des Absolutismus, etwa zwischen 1650 und 1780, trat das selbständige, auf Förderung ihrer Stadt gerichtete Streben der Bürgerlichkeit, trat die städtische Außenpolitik hinter der staatlichen Hauptpolitik in die Ferne. Die Städte Europas wurden. Räum 150 Jahre lang, also im Leben der Städte nur bezüglich kurz, dauerte diese Zeit.

Dann brach mit der großen französischen Revolution und der aus ihr folgenden Schwächung der Herrschermacht, mit der Demokratisierung der Städte auch eine neue Art der Zusammenarbeit zwischen den Städten und dem Staat. Die Pariser selber mühten sich für ihre Stadt. In Deutschland war die vorzügliche innere Verwaltung der Einflüsse und Auswirkungen der französischen Revolution und der liberalen Welt nach ein Jahr hundert länger widerstand, nahmen die Landesherren den Städten weiterhin die Fürsorge für die städtische Außenpolitik zum großen Teil ab während gleichzeitig ein neues Selbstverwaltungsrecht, das der Staat den Städten einräumte, bei in der Zeit des Absolutismus normierten Maß gabentzweit der Bürgerlichkeit und des Bürgergeistes erweiterte. So entstand ein Zwischenzustand zwischen der einstigen Notwendigkeit der Bürger, im wesentlichen selbst für das Gedeihen der Stadt zu sorgen, und der vorwiegend staatlichen Fürsorge der absolutistischen Zeit.

Einige große Städte haben diese Zwischenzeit mehrheitlich zu nutzen gewußt von allen nicht selbstreife und nicht durch die Herrscher und seinen Hof unmittelbar geförderte Städte wohl am meisten selbstreife unsere Nachbarn und Konkurrenzstädte, die geradezu ein Musterbeispiel für selbstwüthigen und weithinreichende Stadtpolitik ist, und durch sie trotz ungenügender ungenügender natürlicher Voraussetzungen (Lage am Rand des Reiches —, in Nachbarschaft der fast schon Königsstadt —, ohne schiffbaren Fluß ihre Bodenfläche) zu einer der bedeutendsten Städte des ganzen Reiches geworden ist.

Dann kam mit der Revolution von 1818, die Zusammenbruch der Herrscherherrschaft und der bisherigen Mühevolltätigkeit der Staatsverwaltung aus für die deutschen Städte der trübsale Augenblick, der in Frankreich nur 129 Jahre früh gekommen war. Aber es man sich der Scheitern dieser Ereignisse für die städtische Politik der absolutistischen Zeit.

Einige Städte haben diesen Augenblick genutzt, um in ganz unüblicher Weise, das städtische Interesse schützender Wege zu allerhand An-

und Parteien gemut. Das die durch Fortfall der Privilegien der Landesherren und durch Förderung der staatlichen Verwaltung gewonnene Freiheit man in erster Linie genützt werden möchte, um den Ausfall an Privilegien für die Stadt durch andere, nicht minder eigene Staatspolitik der Bürgerchaft ähnlich wie der Zeit bis zum Absolutismus genutzt werden möchte, um die Bedeutung der Stadt zu wahren und zu mehren: nur wenige Städte und ländliche Bürgerchaften haben das logische Ergebnis erzielt.

Die mehren freilich, die es erkannten, wie Köln, München, Leipzig und Berlin, haben dafür denn auch ihre Bedeutung gegenüber anderen Städten geradezu sprunghaft vermehrt. Während Einzelne sich als Sonderlinge, als in Folge der besonders begünstigten Stadtpolitik dieser Städte sich eine ganz neue Umgestaltung der Machtverteilung im Reich herausbildete, durch die Köln, München und Berlin und daneben Bamberg und Leipzig die Vorherrschend, die bisher in der Hand der Landesherren und im übrigen mehr auch auf die kleineren Städte verteilt war, sich teilten und alle anderen Städte zur „Provinz“ zu Verbänden oder Klagen zuziehen und niederen Rang einnehmen zu werden.

Wenn diese Entwicklungslinie die wichtige Großstädte im Ruhrgebiet, in Süddeutschland, namentlich Hannover, Dresden und Breslau, vielleicht auch Bremen und Stettin sich leichter wehren können, über eine Stadt wie Halle, außer durch Leipzig noch durch Magdeburg zu zwingen, eine so weitläufige Stadtpolitik treiben konnten, so kann man sich leicht nicht recht, wohl auch nur unbedeutenden Kleinstädten herabzinken und so in Relation zum Reich die wichtigsten Städte (wie Eisenbahndirektion und Universität) auch erst nur ein Universitäts) verlieren.

Panta rei — alles ist in Fluss, diese alte Erkenntnis des „dunklen“ Heraklit, die Heinrich Heine in die pessimistischsten Verse umwandelte: Nichts ist beständig als der Wechsel! — ist eine erste Mahnung, nicht nur in die Gegenwart zu sehen, sondern Vergangenheit und Zukunft zu bedenken und erschließen die Zukunft zu gestalten, ehe es zu spät ist. So müssen auch wir halbsüchtigen Städte eine energische, ländliche Stadtpolitik treiben, damit unsere Stadt in dieser Zeit, in der gemeiner Verarmung seine produzierenden Stände, seinen Kaufmanns- und Handwerkerstand und seine freie Berufe wie bisher ernähren und ihnen gute Zukunftsaussichten bieten kann.

### Berliner Brief.

Von unserer Berliner Vertretung.

Zur Entwaffnungsnote.

Das Gewicht der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk, um dessen Schicksal es sich jetzt bei Entscheidung über die Entwaffnungsnote handelt, kommt in allen Verlautbarungen aus den Fraktionen hervor. Und es ist ein Zeichen, dass die Parteien wieder Hand in Hand gehen, das eine gemeinsame Stellungnahme abgeben, das eine gemeinsame Stellungnahme abgeben, das eine gemeinsame Stellungnahme abgeben.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Darüber sind sich alle Parteien einig, daß der Preis, der von Deutschland für die Freigabe der besetzten Gebiete gefordert wird, unannehmbar hoch ist. Die hohen Entschädigungen in unter finanziellen Hinsicht und in unter wirtschaftlichen ist so schwer, so unannehmbar, das es für ewige Zeiten einen Sattel verurteilt. Das ist selbst die Sozialdemokratie offen zu und Hermann Müller laute gegen seinen Vorgesetzten: Wenn man in Entwaffnungsnote, die man abgeben will, die frühere zünftige Preisfrage zu irgend einer seiner Selbstverpflichtungen, und die Streue, darüber sind sich alle Parteien einig, daß der Preis, der von Deutschland für die Freigabe der besetzten Gebiete gefordert wird, unannehmbar hoch ist. Die hohen Entschädigungen in unter finanziellen Hinsicht und in unter wirtschaftlichen ist so schwer, so unannehmbar, das es für ewige Zeiten einen Sattel verurteilt. Das ist selbst die Sozialdemokratie offen zu und Hermann Müller laute gegen seinen Vorgesetzten: Wenn man in Entwaffnungsnote, die man abgeben will, die frühere zünftige Preisfrage zu irgend einer seiner Selbstverpflichtungen, und die Streue,

mit der man in Deutschland die letzte Fünfte Lust, ist nicht der Weg zu einer Völkervereinigung.

Preis- und Zahlungsfragen.

Sorgenvolle Nachrichten für den deutschen Verbraucher kommen von den internationalen Warenmärkten: Die Warenpreise steigen. Das von der internationalen Warenmärkten: Die Warenpreise steigen. Das von der internationalen Warenmärkten: Die Warenpreise steigen.

Nicht brechen die Zolltarife.

Nichts brechen mehr als die drohende Schmäderung der europäischen Wäsen die Notwendigkeit einer neuen Zollregelung in Deutschland, um Deutschland nach Möglichkeit unabhängig von den ausländischen Getreidezufuhren zu machen. Nur nebenbei sei hier erwähnt, was längst bekannt ist, daß die deutschen Zolltarife für Getreide weit unter den Preisen des Auslandes liegen.

Die deutsch-polnische Handelskrise. In den deutsch-polnischen Handelsverhandlungen mehren sich heute die alarmierenden Meldungen. In der Reichsregierung selbst, nach der von den Verhandlungen nach Deutschland noch von Polen erzählt wird, über, daß die Vorzugsstellung für die polnische Kohleneinfuhr aufrecht, daß Polen sich nicht rechtzeitig einig sein, kann auch hier nicht bestritten werden. Der Schluss des Reiches an den Verhandlungen in Warschau ist in Verbindung mit dieser Krise der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen gebracht.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote. Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

### Aus dem Reichstag.

Am 18. Januar.

Mittrauensvotum der Reichstagen gegen den Reichsinnenminister.

Geistliche und körperliche Förderung der Jugend. Unterstützung der Wissenschaft und der Jungler.

Der Reichstag behandelte gestern die Generaldebatte des Reichstages gegen den Reichsinnenminister, nach dem infolge des Mißbrauches des Gesetzes die Entscheidung über das Gesetz, das die Depot- und Depositionsgesetz verlegt worden war.

„Bildung und Schule“.

Herr Reichsminister (Soz.) betonte, daß die Sozialdemokratie im Interesse der Fortbildung des deutschen Volkes alle Forderungen der Lehrer auf bessere Ausstattung ihrer Vorbildung unterstützen würde. Für die eigentlichen luituellen Zwecke im Geiste zu wenig Mittel eingeweiht.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

### Der Reichstag und die Entwaffnungsnote.

Der Reichstag hat die Entwaffnungsnote abgelehnt. Die Entwaffnungsnote ist abgelehnt. Die Entwaffnungsnote ist abgelehnt.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

Rein Weg zur Entwaffnungsnote.

### Minna Mehlig und die Hallische Werbewoche.

Freudlich sehen wir alle beim Mittagsessen und lauschen über die kommenden Ereignisse der Hallischen Werbewoche. „Sonne heute 3.55 Uhr an Minna.“

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

Die ersten menschlichen Wesen kamen. War es das hübsche junge Weib? Minna lächelte sie an, ein vernichtender Blick ist die Antwort.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Der Himmel bewahre mich vor dem Weibekauf“, betete ich, doch niemand half. „Junger Mann“, sagte Minna, als sie die Autos am Vorplatz stehen sah, „ich möchte gerne mal fahren, aber ich habe kein Geld.“

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Der Himmel bewahre mich vor dem Weibekauf“, betete ich, doch niemand half. „Junger Mann“, sagte Minna, als sie die Autos am Vorplatz stehen sah, „ich möchte gerne mal fahren, aber ich habe kein Geld.“

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Der Himmel bewahre mich vor dem Weibekauf“, betete ich, doch niemand half. „Junger Mann“, sagte Minna, als sie die Autos am Vorplatz stehen sah, „ich möchte gerne mal fahren, aber ich habe kein Geld.“

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.

„Minna“, lachen wir, „wer kann das sein?“ Ein Rätselraten begann, das damit endete, daß ich 3.55 in der Bahnhofsvorhalle stand, um Minna, das anbetende Weib, in Empfang zu nehmen.